



Sozialdemokratische Partei  
Basel-Stadt

## Medienmitteilung

Basel, 19. Juni 2023

# SP fordert OECD-Umsetzung im Sinne der Allgemeinheit

**Nach dem JA zur OECD-Mindeststeuer kann Basel-Stadt mit zusätzlichen Steuereinnahmen rechnen. Die SP-Fraktion fordert, dass diese Mittel auch der Allgemeinheit zugutekommen. Dazu braucht es eine gezielte Förderung von Forschung und Entwicklung und eine ausgebaute Förderung der Vereinbarkeit. Ebenso möchte die SP-Fraktion Klimamassnahmen in vom Klimawandel besonders betroffenen Ländern des globalen Südens unterstützen, in denen internationale Firmen tätig sind. Zudem soll mehr Geld in die Armutsbekämpfung fließen.**

### Mehr Geld für die Bekämpfung von Armut

Obwohl Basel-Stadt im Vergleich zu anderen Kantonen ein reicher Kanton ist, gibt es auch bei uns viele armutsbetroffene und armutsgefährdete Personen. Im Verein für Gassenarbeit Schwarzer Peter haben beispielsweise aktuell rund 320 Personen ihre Meldeadresse registriert. Mindestens so viele Personen in unserem Kanton sind also wohnungslos. Deshalb fordert die SP-Fraktion, dass mit den Mehreinnahmen durch die OECD-Mindeststeuer Massnahmen zur Armutsreduktion finanziert werden. *«Basel-Stadt soll Armut strukturell bekämpfen, das Leben vieler armutsbetroffenen Menschen konkret verbessern und damit die soziale Kohäsion stärken»*, schlussfolgert Grossrätin Melanie Nussbaumer.

*Kontakt: Melanie Nussbaumer, Grossrätin, 079 269 30 75*

### Gezielte Förderung von Forschung und Entwicklung für die Allgemeinheit

Eine mögliche Förderung von Forschung und Entwicklung ist am Interesse der Allgemeinheit auszurichten. Sie muss gezielt sein und insbesondere auch vernachlässigte Forschungsgebiete berücksichtigen, wie beispielsweise die Antibiotikaforschung, den Umgang mit Resistenzen und seltene Tropenkrankheiten oder allgemein seltene Krankheiten. Ebenso ist die Versorgungssicherheit mit Medikamenten (bspw. Generika) durch die anwesende lokale Industrie zu verbessern. Ausserdem ist für Grossrat Beda Baumgartner klar: *«Falls mithilfe von Steuergeldern in der Forschung und Entwicklung Gewinne erzielt werden, muss die öffentliche Hand daran beteiligt sein.»*

*Kontakt: Beda Baumgartner, Grossrat, 079 536 76 87*

### Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Das grösste Potential zur Begegnung des Fachkräftemangels besteht in der verbesserten Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der höheren Erwerbstätigkeit von Frauen. *«Für den Standort Basel ist es im Wettbewerb um international tätige Unternehmen ein Nachteil, dass die hiesigen Angebote der familienergänzenden Betreuungsangebote schlechter ausgebaut sind als in anderen Ländern»*, gibt Grossrätin Barbara Heer zu bedenken. Die SP-Fraktion fordert auch vor diesem Hintergrund eine grosszügige Umsetzung der SP-Initiative zu einer gebührenfreien Kita. Ebenso braucht es bessere Betreuungsangebote während der Ferien. *«Auch die Einführung einer Elternzeit, wie sie der Grosse Rat in seiner letzten Sitzung mit grossem Mehr überwiesen hat, ist ein wichtiges Mittel, die Vereinbarkeit zu fördern»*, ergänzt Grossrätin Nicole Amacher.

*Kontakte: Barbara Heer, Grossrätin, 079 737 73 14  
Nicole Amacher, Grossrätin, 078 678 58 47*



Sozialdemokratische Partei  
Basel-Stadt

## **International fairere Verwendung der zusätzlichen Steuereinnahmen**

Mit der Reform will die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) den Steuerwettbewerb eingrenzen. Die Gewinne werden jedoch auch mit dieser Reform nicht dort versteuert werden, wo sie erarbeitet wurden. «*Unser Kanton ist Teil eines internationalen Systems. Hier ansässige Konzerne haben Niederlassungen in Ländern auf der ganzen Welt und generieren dort auch Wertschöpfung*», hält Grossrat Pascal Pfister fest. «*Diese Länder sind mit uns nicht nur wirtschaftlich verbunden, auch der Klimawandel betrifft uns alle.*» Die SP-Fraktion sieht deshalb den Kanton in der Pflicht: Basel-Stadt als wohlhabender Kanton ist in der Lage einen Teil der zusätzlichen Steuereinnahmen für Klimamassnahmen in die Zusammenarbeit mit den Niederlassungen hiesiger Firmen in Ländern des globalen Südens einzusetzen.

*Kontakt: Pascal Pfister, Grossrat, 079 625 14 50*

*Für weitere Auskünfte steht zur Verfügung:*

*Michela Seggiani, Fraktionspräsidentin, 076 374 84 92*

*Beilage:*

- *Anzug "Mit OECD-Mehreinnahmen Armut in Basel reduzieren" (Nussbaumer)*
- *Anzug betreffend gezielte Förderung von Forschung und Entwicklung für die Allgemeinheit und den Standort (Baumgartner)*
- *Motion betreffend Ferienbetreuung in den Tagesstrukturen einführen (Heer)*
- *Anzug betreffend Einführung einer Elternzeit in Kanton Basel-Stadt Variante: 23.5237.01 «Freiwilligen Fondslösungen mit Staatsbeiträgen» (Amacher)*
- *Anzug für einen internationalen Ausgleich bei der Verwendung der zusätzlichen 23.5345.01 Steuereinnahmen (Pfister)*



## Anzug “Mit OECD-Mehreinnahmen Armut in Basel reduzieren”

Durch die Einführung der OECD-Mindeststeuer werden in Basel-Stadt zusätzliche Einnahmen durch die Besteuerung von grossen Unternehmen generiert. Eine Studie geht von bis zu 362 Mio Fr. mehr Steuern für den Kanton Basel-Stadt aus, wobei das einem Schätzwert entspricht.<sup>1</sup> Der reiche Kanton wird somit noch reicher. Was dabei oft vergessen geht: Trotz guter finanzieller Bedingungen, staatlicher Sozialleistungen und der unterstützenden Arbeit von vielen sozialen Organisationen gibt es auch in Basel-Stadt Menschen, die unter der Armutsgrenze leben.<sup>2</sup> Die OECD-Steuerreform bietet nun eine Chance: Mit der produktiven Nutzung ihrer Mehreinnahmen könnte Basel-Stadt Armut strukturell bekämpfen, das Leben vieler armutsbetroffenen Menschen konkret verbessern und damit die soziale Kohäsion stärken.

Denn grosse Ungleichheiten gefährden den sozialen Zusammenhalt, bringen auch für das demokratische Miteinander Gefahren mit sich und sind volkswirtschaftlich schädlich. Die Bekämpfung von Armut hat also einen gesamtgesellschaftlichen Nutzen.

Deshalb bitten die Anzugstellenden den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, mit welchen Massnahmen die real existierende Armut in Basel reduziert werden kann und

- ob der Grundbedarf der Sozialhilfe an das Niveau der Ergänzungsleistungen angepasst oder zumindest deutlich erhöht werden kann.
- wie die Mietzinsgrenzwerte der Sozialhilfe substanziell erhöht werden können.
- wie Working Poor (Einzelpersonen und Familien) mithilfe von (höheren) Mietzinszuschüssen unterstützt werden können, um aus der Armutsspirale auszubrechen.
- wie soziale Organisationen, die sich für die Existenzsicherung von Armutsbetroffenen einsetzen, finanziell besser entschädigt werden können (z.B. Schwarzer Peter, Caritas beider Basel, Frauenoase, Aliena, Gassenküche, Treffpunkt Glai Basel, etc.)
- wie das “Recht auf Wohnen” endlich umgesetzt werden kann.

Melanie Nussbaumer

---

<sup>1</sup> [https://www.bss-basel.ch/files/berichte/BSS\\_OECD-Mindeststeuer.pdf](https://www.bss-basel.ch/files/berichte/BSS_OECD-Mindeststeuer.pdf)

<sup>2</sup> Die Armutsgrenze vom Bundesamt für Statistik wird von den Richtlinien der Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) abgeleitet und betrug 2021 durchschnittlich 2289 Franken im Monat für eine Einzelperson und 3989 Franken für zwei Erwachsene mit zwei Kindern. Davon müssen die Ausgaben des täglichen Bedarfs (Essen, Hygiene, Mobilität etc.) sowie die Wohnkosten bezahlt werden, nicht jedoch die Prämien für die obligatorische Krankenversicherung. Diese werden wie die Sozialversicherungsbeiträge, Steuern und allfällige Alimente vorgängig vom Haushaltseinkommen abgezogen. Caritas Schweiz weist darauf hin, dass wenn die heute geltende Armutsgrenze um nur 500 Franken pro Monate höher angesetzt wäre, würde sich die Zahl der von Armut betroffenen Menschen in der Schweiz auf einen Schlag verdoppeln.



## **Anzug betreffend gezielte Förderung von Forschung und Entwicklung für die Allgemeinheit und den Standort**

Im Kontext von Diskussionen rund um den Wirtschaftsstandort Basel-Stadt (u.a. auch die OECD-Steuerreform) wird häufig über die Möglichkeit von Förderung von Forschung und Entwicklung im Bereich der Pharmaindustrie gesprochen. Dabei geht allerdings vielfach unter, dass Forschung und Entwicklung meist auf Felder ausgerichtet ist, die viel Gewinn und Umsatz versprechen. Gleichzeitig existieren diverse vernachlässigte Forschungsgebiete: die Antibiotikaforschung und der Umgang mit Resistenzen, die Forschung zur Bekämpfung und Vorbeugung von Demenz und zu seltenen Tropenkrankheiten (NTDs) oder allgemein seltenen Krankheiten. Auch Forschungsarbeiten im Bereich der geschlechtsspezifischen Medizin sind erst im Anfangsstadium begriffen. Diese Liste ist dabei nicht als abschliessend zu betrachten.

Auch bei der Produktion in der Pharmaindustrie wird in erster Linie nicht auf gesamtgesellschaftliche Interessen geschaut: Die Versorgungssicherheit mit Medikamenten (bspw. Generika) durch die anwesende lokale Industrie ist nicht gewährleistet bzw. in der Ablösung begriffen (bspw. Verkauf von Sandoz).

Im Kontext von möglichen Förderungen von Forschung und Entwicklung ist es wichtig, diese auch am Interesse der Allgemeinheit auszurichten. Dabei sollen auch soziale und ökologische Nachhaltigkeitskriterien berücksichtigt werden und, wo möglich, auf Tierversuche verzichtet werden. So könnte eine Situation entstehen, die sowohl für die Industrie wie auch die Bevölkerung einen zusätzlichen Nutzen bieten kann.

Die Anzugsstellenden bitten den Regierungsrat darum, zu prüfen und zu berichten, wie

- die Forschung im Bereich der Antibiotika und Resistenzen sowie von seltenen (Tropen)krankheiten durch den Kanton Basel-Stadt gefördert werden kann?
- wie universitäre Grundlagenforschung in im Anfangsstadium begriffenen Themenbereichen, wie der geschlechtsspezifischen Medizin, gefördert werden kann?
- für die oben genannten Massnahmen zu Forschung und Entwicklung ein geeignetes finanzielles Gefäss eingerichtet werden kann?
- wie die Verteilung möglicher Mittel an Kriterien der Nachhaltigkeit und des öffentlichen Interesses geknüpft werden kann?
- eine Beteiligung der öffentlichen Hand an möglichen Gewinnen, welche durch erfolgreiche Forschungsprojekte erwirtschaftet wurden, sichergestellt werden kann?

Beda Baumgartner



## **Motion betreffend Ferienbetreuung in den Tagesstrukturen einführen**

Das Kinderbetreuungssystem in Basel hat ein strukturelles Problem: die Tagesstrukturen haben während den Schulferien geschlossen. Der beschlossene Ausbau der Tagesstrukturen in den Kindergärten (21.0064) und das neue Tagesbetreuungsgesetz (17.1460), welches darauf abzielt, dass Kinder ab Kindergartenalter von den Kitas in die Tagesstrukturen wechseln, haben das Problem nochmals deutlich verschärft für Familien im Kanton.

Neben den Lösungen auf privater Ebene (z.B. Grosseltern), gibt es auf institutioneller Ebene zwar Tagesferien, Ferienbetreuung an Schulen und Sportlager, die von verschiedenen öffentlichen und privaten Anbietern durchgeführt werden. Die Ferienbetreuung bedeutet aber, insbesondere für Familien mit mehreren Kindern, einen grossen Organisations-, Zeit-, und Kostenaufwand (siehe Interpellation Heer 22.5282). Weil Angebote im Quartier rasch ausgebucht sind, verbringen Kinder Tagesferien häufig an unbekanntenen Orten, an denen sie niemanden von den Betreuungspersonen oder den Kindern kennen. Insbesondere für Kinder im Kindergartenalter, die mehrere Wochen in den Tagesferien verbringen, kann dies eine Überforderung sein. Wegen dem Mangel an Angeboten in Quartiersnähe müssen Eltern ihre Kinder an die Tagesferien-Standorte begleiten. Dies verschlechtert die Vereinbarkeit Beruf und Familie während den Schulferien deutlich: es ist schlicht nicht möglich, zwei Kinder an zwei verschiedene Standorte in der Stadt zu bringen, sie abzuholen, und dazwischen ein übliches Tagespensum zu arbeiten.

Weil der während der Schulzeit geltenden Anspruch auf zumutbaren Schulweg und der in den Kindertagesstätten und Tagesstrukturen geltenden pädagogische Qualitätsanspruch auf eine gewisse Konstanz der Betreuungsgruppen für Tagesstruktur-Kinder während den Ferien nicht gelten, hat Basel eine deutliche Angebotslücke bei der Ferienbetreuung. Am stärksten betroffen davon sind Familien, die die Lücke nicht mit einem privaten Betreuungsnetz abdecken können. Dazu gehören ausländische Fachkräfte und andere Familien, die kürzlich nach Basel gezogen sind. Der geplante quantitative Ausbau der Tagesferien und das neue Online-Portal reichen bei weitem nicht aus, um diesen deutlichen Nachteil in der Standortattraktivität Basels zu verringern. Insbesondere für frisch aus dem Ausland zugezogene Familien bleibt das unübersichtliche und komplizierte System der Ferienbetreuung schwierig zu verstehen, kaum zu bewältigen und somit kaum zugänglich. Deshalb sind für die hier ansässigen grossen internationalen Unternehmen, die sich im internationalen Wettstreit um Fachkräfte befinden, strukturelle Vereinbarkeitsverbesserungen rund um die Schulferien in Tagesstrukturen von grossem Wert und dringend nötig.

Aus Sicht der Unterzeichnenden braucht es deshalb jetzt die Einführung von Ferienbetreuung an den Tagesstrukturen. Alle Tagesstrukturen sollen Ferienangebote haben, welche an einzelnen Tagen buchbar sind. Nur diese Lösung garantiert verlässlich die Vereinbarkeit für alle Familien, zumutbare Wege und eine gewisse Vertrautheit mit Orten und Personen. Komplementär dazu sollen Tagesferien-Angebote selbstverständlich weiterexistieren, da sie die Bedürfnisse nach Abwechslung und Neuem in den Ferien abdecken. Bei den heutigen drei Schulstandorten mit dem Angebot «Ferienbetreuung an Schulen» sei die Nachfrage gering (Interpellation von Wartburg 23.5044), doch das hat Gründe in der mangelhaften Bewerbung und in einem Konzept, das aus Sicht der Kinder wenig attraktiv ist. Diese operativen Probleme gilt es zu lösen. Die Erfahrungen von erfolgreichen Tagesferien-Anbietern und Tagesstrukturen, die bereits Ferienbetreuung anbieten, sollen genutzt werden für den Aufbau von Ferienangeboten in allen Tagesstrukturen. Es könnten durch attraktive Kooperationen neue Konzepte entstehen.

Die Unterzeichnenden fordern den Regierungsrat dazu auf, an allen Tagesstrukturen Ferienbetreuung einzuführen. Verbundlösungen im Quartier sollen möglich sein.

Barbara Heer



Sozialdemokratische Partei  
Basel-Stadt

## **Anzug betreffend Einführung einer Elternzeit in Kanton Basel-Stadt Variante: 23.5237.01 «Freiwilligen Fondslösungen mit Staatsbeiträgen»**

Während in den restlichen Ländern Europas längst eine Elternzeit von mindestens 40 Wochen eingeführt ist, bildet die Schweiz mit lediglich 14 Wochen für die Mutter und zwei Wochen für den Vater das Schlusslicht. In Bezug auf die Familienpolitik und im Vergleich zu anderen Ländern gibt es in der Schweiz daher nach wie vor viel zu tun.

Auch im Kanton Basel-Stadt wurden in den vergangenen Jahren unterschiedliche Forderungen zur Elternzeit gestellt. Der Anzug von Sarah Wyss (16.5178.01) forderte 16 Wochen für die Mutter und acht Wochen für den Vater. Dieser Vorstoss wurde vom Grossen Rat am 15. Juni 2016 mit einer Stimme Differenz knapp nicht überwiesen.

Die Motion Gölge/Wyss (Nr. 19.5255.01) fordert das Modell «EKFF», welches an den Vorschlag der Eidgenössischen Kommission für Familienfragen (EKFF) anlehnt und insgesamt 38 Wochen Elternzeit verlangt, wurde in einen Anzug umgewandelt. Die Regierung beantwortet darauffolgend in ihrem Schreiben vom 15. Februar 2023, dass die Einführung einer Elternzeit eine gute Sache sei, gab sich aber für eine kantonale Einführung noch zurückhaltend. Dies, obwohl es aktuelle Studien gibt, die klar belegen, dass auch eine kantonale geregelte Elternzeit dem Fachkräftemangel entgegenwirken könnte. Nach ersten Abschätzungen der verschiedenen Varianten weist die Regierung auf die Variante 4 hin, welche das beste Kosten-Nutzen-Verhältnis aufweist. Sie basiert auf Freiwilligkeit, leistet mit der staatlichen Kostenbeteiligung jedoch einen Anreizmechanismus für die Unternehmen. Auch werden die Arbeitskosten nicht erhöht, sondern im Gegenteil: das Arbeiten im Kanton Basel-Stadt würde an Attraktivität gewinnen.

Die heutige Gesetzgebung bei Geburt eines Kindes behindert aktiv die Gleichstellung der Geschlechter im Erwerbsleben. Kanton Basel-Stadt kann und soll progressiv vorangehen. Damit setzt der Kanton nicht nur ein familienpolitisches Zeichen, sondern sorgt für eine positive und nachhaltige Entwicklung des Kantons und erhöht den Druck für eine nationale Lösung.

Elternzeit ist eine gesellschaftspolitische Investition mit positiver volkswirtschaftlicher und familienpolitischer Wirkung. Sie stärkt Familien und KMU und erhöht die Steuereinnahmen - eine Investition, die sich lohnt.

Die Anzugsteller:innen bitten den Regierungsrat hiermit, auf kantonaler Ebene eine Elternzeit einzuführen. Für die Ausgestaltung soll er sich an der Variante 4 ihrer Beantwortung des Anzugs Gölge/Wyss vom 14. Februar 2023: «Freiwillige Fondslösung mit Staatsbeitrag» orientieren.

Nicole Amacher



Sozialdemokratische Partei  
Basel-Stadt

## **Anzug für einen internationalen Ausgleich bei der Verwendung der zusätzlichen 23.5345.01 Steuereinnahmen**

Durch die Einführung der OECD-Mindeststeuer werden in Basel-Stadt zusätzliche Einnahmen durch Unternehmenssteuern generiert werden. Mit der Mindeststeuer will die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) den Steuerwettbewerb eingrenzen. Die Gewinne werden jedoch auch mit der Reform nicht dort versteuert werden, wo sie erarbeitet wurden. Die anstehende Einführung führt potenziell, solange es keinen internationalen Finanzausgleich gibt, zu grossen Mehreinnahmen für unseren Kanton.

Basel-Stadt ist jedoch Teil eines internationalen Systems. Hier ansässige Konzerne haben Niederlassungen in Ländern auf der ganzen Welt und generieren dort Wertschöpfung. Diese Länder sind mit uns nicht nur wirtschaftlich verbunden, auch der Klimawandel betrifft uns alle. Basel-Stadt als wohlhabender Kanton ist in der Lage, einen Teil der zusätzlichen Steuereinnahmen, in Zusammenarbeit mit hier ansässigen Firmen für Klimamassnahmen in diesen Ländern zu verwenden. Unser Kanton profitiert von der Wertschöpfung in anderen Ländern und sollte deshalb auch etwas dazu beitragen, dass diese trotz der Klimafolgen weiterhin erbracht wird bzw. damit diese Klimafolgen nicht noch schlimmer werden.

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, wie in Zusammenarbeit mit hiesigen Unternehmen ein Programm für Investitionen zum Klimaschutz gestaltet werden könnte und welche Standorte dieser Unternehmen dabei berücksichtigt werden können.

Pascal Pfister